

Beschluss (vorläufig; Stand: 15.05.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 11

Die Hälfte der Macht - Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Gleichstellung ist nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Hier hat sich in den letzten vier Jahren wenig bewegt und Gleichstellungspolitik war ein weißer Fleck in der Politik der Großen Koalition. Ob bei der Höhe der Löhne, bei den Karrierechancen oder bei der doppelten Belastung mit Familie und Beruf: Diese Blockaden müssen überwunden werden, damit wieder Bewegung in die Geschlechterverhältnisse kommt. Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag gründet auf einer neuen Solidarität zwischen den Geschlechtern. Wir wollen uns vom Modell des Alleinernehmers, der mit seinem Gehalt die Familie ernähren muss, ebenso verabschieden, wie von dem der teilzeitbeschäftigten Zuverdienerin, die ihre eigene Existenz nicht sichern kann. Wir wollen, dass Frauen und Männer auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen, gleiche Chancen und Rechte haben und Sexismus im Alltag endlich der Vergangenheit angehört. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Dafür braucht es die richtigen institutionellen Rahmenbedingungen, eine Gesetzgebung im Familien-, Arbeits- und Steuerrecht, die Gleichstellung befördert und sichere Sozialsysteme. Frauenpolitik ist ein eigener Politikbereich, der nicht mit Familienpolitik gleich gesetzt werden darf. Eine gerechte Familienpolitik hat enorme Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Eine junge Frauengeneration hat den Feminismus selbstbewusst für sich reklamiert. Denn trotz der Erfolge der Frauenbewegung bleibt viel zu tun und manches Erreichte muss immer wieder neu erkämpft werden. Das gilt sowohl für die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, als auch im Privaten. Junge Frauen wollen Beruf und Kinder, ohne dabei in eine finanzielle Abhängigkeit – sei es vom Ehemann, PartnerIn oder Staat zu geraten. Wir brauchen einen Feminismus für die neue Zeit, der solidarisch und generationenübergreifend ist. Verbündete kann dabei eine neue Männergeneration sein, aufgewachsen mit erwerbstätigen Müttern und gut ausgebildeten Schwestern, die Gleichberechtigung im Alltag bereits erlebt hat. Der alte Gesellschaftsvertrag hat auch darauf gegründet, dass „Frauen am Herd“ den Männern größtenteils die Arbeitswelt, die Politik und die Macht überließen. Er hat aus einem kleinen Unterschied einen großen Unterschied gemacht. Das Arbeitsprogramm hin zu einer geschlechtergerechte Gesellschaft ist umfangreich und es fordert uns allen etwas ab. Der Abschied von der vermeintlichen Sicherheit traditioneller Geschlechterordnung birgt aber auch mehr Wahlmöglichkeiten und damit mehr Freiräume und Selbstbestimmung für alle.

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

In vielen Bereichen des Arbeitsmarktes halten sich die traditionellen Geschlechterrollen zäh und hartnäckig. Um das zu verändern, müssen wir auch an vielen Stellen ansetzen. Typische Frauenberufe sind immer noch schlechter bezahlt, der Anteil von Müttern in Vollzeitjobs sinkt. Die "gläserne Decke" ist immer noch intakt und undurchlässig, der Anteil von Frauen in Führungspositionen steigt kaum. Und aller Familienrhetorik der großen Koalition zum Trotz: Mütter in Führungspositionen gibt es wenig. Die Arbeitszeiten von Müttern sinken, die von Vätern steigen. Die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf bleibt ein ungelöstes Problem, das überwiegend an den Frauen hängen bleibt, aber zunehmend auch Männer betrifft. Wir können und wollen uns weder diese Ungerechtigkeit noch diese Ressourcenvergeudung weiter leisten.

Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit Personalentwicklungsplänen und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung. Die Ausgestaltung der Maßnahmen soll nach Branchen und Betriebsgrößen flexibel gehandhabt werden. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die Gleichstellung ernst nehmen.

Und wir setzen uns dafür ein, dass Aufsichtsräte zu mindestens 50% mit Frauen besetzt sein müssen. Das norwegische Beispiel zeigt, dass eine solche Quote funktioniert. Um dieses Anliegen zu unterstützen soll eine zentrale Datenbank potentieller weiblicher Aufsichtsratsmitglieder aufgebaut und weiterentwickelt werden, in die sich Interessentinnen freiwillig eintragen können. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Frauen in Vorständen von Unternehmen vertreten sind und wir wollen mehr Frauen als Unternehmerinnen gewinnen. Bei der Ausbildungs-, Studienplatz- und Berufswahl wollen wir junge Frauen und junge Männer darin unterstützen, verstärkt neue Wege auszuprobieren. Dann würden auch weniger Fachkräfte fehlen.

Um die Potentiale die junge Migrantinnen haben sichtbar zu machen, setzen wir uns für die Stärkung von Migrantinnennetzwerken, eine Erhöhung des Migrantinnenanteils im öffentlichen Dienst und erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, die nicht in Deutschland erworben wurden ein.

Wir wollen, dass alle Frauen, unabhängig davon, ob sie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben oder nicht, wieder von der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren können. Gerade weil die Ausgangsbedingungen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt unterschiedlich sind, brauchen Frauen geschlechtersensible Beratung und Unterstützung.

Eigenständige Existenz

Wir streben eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote an, aber nicht so wie das bisher geschieht durch Minijobs und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Denn das schafft nur neue Probleme wie Armut von Frauen im Alter. Wir brauchen einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems, bei dem perspektivisch die vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen Absicherung abgeschafft werden. Dazu gehört etwa eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung, die unabhängig vom Familienstand eine Absicherung bietet. Bestehende negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting, die Steuerklassen 3 und 5, die Subventionierung von Minijobs oder die kostenfreie Mitversicherung von EhegattInnen sollen perspektivisch wegfallen. Die partnerabhängige Leistungsberechnung im Falle der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir abschaffen. Für ein selbstbestimmtes Leben ist eine eigenständige Existenzsicherung unerlässlich. Das neue Unterhaltsrecht fordert von Geschiedenen, sich zügig um eine eigene Erwerbstätigkeit zu kümmern. Wenn dazu allerdings nicht schleunigst weitere Veränderungen, wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Übernahme der Verantwortung durch die Väter hinzukommen, werden die Frauen die Verliererinnen dieser Reform sein.

22% weniger wert?

In kaum einem anderen der 27 EU-Länder sind die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern so hoch wie bei uns in Deutschland. Im Durchschnitt bekommen Frauen 22 Prozent weniger. Das hat viele Ursachen: die hohen Teilzeitquote von Frauen – meist aus familiären Gründen, die traditionelle Schlechterbewertung typischer “Frauenberufe” und direkte Diskriminierung – weniger Lohn für dieselbe Arbeit. Immer öfter klagen Frauen dagegen. Wichtig ist ein echtes Verbandsklagerecht im Antidiskriminierungsgesetz, damit Frauen nicht alleine gegen die Firmen klagen müssen. Und neben den Tarifparteien muss auch der Staat mit einer Überarbeitung der Eingruppierungskriterien des Öffentlichen Dienstes endlich seinen Beitrag dazu leisten, dass wir diese faktische Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schleunigst abbauen.

Schutz vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem. Mit dem rot-grünen Gewaltschutzgesetz können viele ihre Rechte besser durchsetzen, Beratungsstellen und Frauenhäuser bleiben aber weiterhin notwendig. Um bedrohte Frauen in einem Frauenhaus wirklich schützen zu können, muss ihr tatsächlicher Aufenthaltsort geheim gehalten werden. Deshalb fordern wir eine Änderung des Meldegesetzes, die erlaubt, dass Frauen nur unter der Postadresse eines Frauenhauses gemeldet sein brauchen. Gerade für viele Migrantinnen sind sie wichtige Schutzräume. Hohe Qualitätsstandards und die langfristige Absicherung der Finanzierung sind dafür erforderlich. Ein Teil der Länder zieht sich aus der Frauenhausfinanzierung zurück. Diese muss staatliche Pflichtaufgabe werden, der Bund muss gemeinsam mit den Ländern wirksamen Schutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Kinder sichern.

Auch in Deutschland sind viele Mädchen, die durch Flucht oder Migration hierher kommen, von Genitalverstümmelung betroffen. Wir wollen die ausdrückliche Aufnahme dieser Menschenrechtsverletzung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Informationskampagne.

Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir die Opfer stärken. Nur wenn wir sie unterstützen, ihnen Zeuginnenschutz, ein dauerhaftes Bleiberecht, ihnen Schutz und Perspektiven bieten, werden sie bereit sein, gegen die TäterInnen auszusagen. Und in den meisten Fällen sind die Aussagen der Opfer die wichtigste Grundlage, um die TäterInnen verfolgen und verurteilen zu können. Die Gewinne aus Frauen- und Menschenhandel müssen beschlagnahmt und den Opfern zugute kommen. Wir wollen Freier von Zwangsprostituierten auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Bei der legalen Prostitution werden wir uns dafür einsetzen, die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in den Bundesländern voranzutreiben und insbesondere die Beratungs- und Ausstiegsangebote deutlich zu erhöhen. Insbesondere wollen wir uns für arbeitsrechtliche Mindeststandards in der Prostitution und die Abschaffung des Vermieterprivilegs einsetzen.

Körper und Selbstbestimmung

Medien und Werbung üben vor allem mit ihrem Mantra “schlank ist schön” so großen Druck auf viele Menschen aus, dass diese krank werden. Essstörungen prägen den Alltag vieler Mädchen und hinterlassen oft bleibende körperliche und seelische Schäden. Auch junge Männer sind längst vom körperlichen Normierungswahn erfasst. Aber Schönheit existiert in allen Größen. Wir wollen einen entspannten und selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper, dem Aussehen und dem Alter.

Zum selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper gehört auch, dass sich jede Frau für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden kann. Für Konfliktsituationen wollen wir, dass ihr

ein breit gefächertes freiwilliges Beratungsangebot offen steht. Eine Pflichtberatung lehnen wir ebenso wie die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung von Abbrüchen ab. Eine verbesserte Sexualaufklärung sowie ein partnerschaftlicher Umgang mit Verhütungsmitteln sind ebenso wichtig wie der einfache Zugang zur "Pille danach". Die „Pille danach“ muss, wie von der WHO gefordert, rezeptfrei erworben werden können.

Wir wollen die Selbstbestimmung von Frauen auch während der Schwangerschaft, Geburt und der Zeit danach stärken. Wesentliche Elemente dafür sind: Beratung, Betreuung durch ein gleichberechtigtes Team aus Hebamme und Ärztin oder Arzt, der Ausbau stillfreundlicher Kliniken sowie die deutliche Senkung der ungewollten Kaiserschnitte.

Frauen in der Politik – Politik für Frauen

Seit 90 Jahren haben Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Im Bundestag liegt der Frauenanteil dennoch erst bei 32%, in den Kommunen und Landtagen allerdings noch erheblich niedriger. Wir setzen uns für unterstützende und gesetzlich verbindliche Maßnahmen zur Förderung der gleichmäßigen Repräsentanz der Geschlechter auf allen politischen Ebenen ein. : Durch konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting können wir geschlechtergerechter und effektiver handeln.

Neue Männer braucht das Land

Geschlechterpolitik beinhaltet auch die Belange von Jungen und Männern. Inzwischen erkennen auch immer mehr Männer die negativen Auswirkungen traditioneller Geschlechterrollen. Um z.B. die Ausprägungen der Gewalt, die gegen Männer verübt wird klar definieren zu können, bedarf es einer soliden Erforschung dieses Themengebiets. Chancengleichheit und Rollenvielfalt bringen Vorteile für beide Geschlechter. Sowohl im Erwerbs- wie im Privatleben wünschen sich viele Männer neue Wege und Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen, dass Forschung und Politik die sich wandelnden Rollenbilder von Jungen, Männern und Vätern stärker in den Blick nehmen. In der Bildungsdebatte erhalten Jungen, vor allem aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund, schnell das Label „Verlierer“. Geschlechtssensible Angebote und positive Rollenvorbilder sind bereits im Kindergarten notwendig. Deshalb wollen wir beispielsweise den Anteil der Männer beim pädagogischen Personal in Kitas und Grundschulen deutlich erhöhen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... wählt Feminismus für die neue Zeit.
- ... wählt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
- ... bringt mehr Frauen in Vorstände, Aufsichtsräte und Politik.
- ... wählt eine eigenständige soziale Sicherung für Frauen.
- ... macht Schluss mit dem körperbezogenen Normierungswahn.